

Handelsblatt



Koalition
Der schwarz-rote
Deutschland-Plan – und
seine Lücken.
► 8

Kontrollen
Was man bei der
Einreise in die USA jetzt
beachten sollte.
► 24

Geldanlage
Edelmetallpreise
steigen – ist Silber
schon das neue Gold?
► 38

Hadja Lahbib
Diese EU-Kommissa-
rin will alle Europäer
zu Preppern machen.
► 13

Dax-Konzerne auf Rekordkurs

Trotz Konjunkturschwäche konnten die größten Börsenkonzerne ihre Gewinne zuletzt deutlich steigern. 2025 könnte das beste Jahr in der Geschichte werden.

Die 40 Dax-Konzerne haben im abgelaufenen Jahr zusammen einen Nettogewinn von 111 Milliarden Euro erzielt – 1,2 Milliarden Euro mehr als noch 2023. Das zeigen Berechnungen des Handelsblatts, nachdem mit dem Triebwerksspezialisten MTU und der VW-Dachgesellschaft Porsche SE am Mittwoch die letzten Unternehmen ihre Bilanzen präsentiert haben.

Den höchsten Nettogewinn fuhr Volkswagen mit 11,35 Milliarden Euro ein, gefolgt von der Deutschen Telekom mit 11,2 Milliarden und Mercedes-Benz mit 10,2 Milliarden Euro.

Damit zeigen sich die größten börsennotierten Unternehmen des Landes trotz schlechter Stimmung in der Wirtschaft erstaunlich robust. Zwar verdienten die drei großen Autohersteller rund ein Drittel weniger als im Jahr davor. Doch

111

Milliarden Euro
an Nettogewinn
haben die
40 Dax-Konzerne
2024 zusammen
erwirtschaftet.

Quelle: Handelsblatt-
Berechnungen

andere glichen die Schwächen aus: der Chemieriese BASF, der Persil-Hersteller Henkel, die Energieversorger Eon und RWE, der Gesundheitskonzern Fresenius, die Commerzbank sowie die Versicherer Allianz, Munich Re und Hannover Rück. Nur 2022 lagen die Gewinne der Dax-Konzerne noch höher – und im Rekordjahr 2021 mit 123,5 Milliarden Euro.

2025 dürften die Gewinne weiter steigen: Analysten rechnen durchschnittlich mit 126 Milliarden Euro Nettogewinn. Das wären ein Plus von gut 13 Prozent und ein Allzeitrekord. „Dank des geplanten XXL-Konjunkturpakets des Bundes stehen die Chancen gut, dass die Dax-Unternehmen diese Gewinnerwartungen schaffen oder sogar übertreffen“, sagt Commerzbank-Analyst Andreas Hürkamp. ► Fortsetzung auf Seite 4



Märkte

Dax
22.951 Pkt.
-0,69 %

MDax
29.086 Pkt.
+0,54 %

TecDax
3.751 Pkt.
-1,23 %

E-Stoxx 50
5.433 Pkt.
-0,77 %

Dow Jones
42.536 Pkt.
-0,12 %

Nasdaq
17.979 Pkt.
-1,60 %

S&P 500
5.743 Pkt.
-0,58 %

Nikkei
38.027 Pkt.
+0,65 %

Euro/Dollar
1,0782 US\$
-0,08 %

Gold
3.016,21 US\$
-0,13 %

Öl
73,53 US\$
-0,25 %

Dax Gewinner

1 Rheinmetall
+2,69 %
1.355,00 €

2 Siemens Energy
+1,71 %
60,66 €

3 Zalando
+1,61 %
32,21 €

Verlierer

1 Sartorius Vz.
-5,09 %
220,00 €

2 SAP
-3,19 %
250,50 €

3 Infineon
-2,84 %
33,64 €

Stand: 17:00 Uhr

Martin Sinner

Idealo-Gründer verlässt Unternehmen

Idealo-Gründer Martin Sinner tritt zum Monatsende zurück, teilte die Tochter des Axel-Springer-Verlags am Mittwochmorgen mit. Zuvor hatte das Handelsblatt mit zahlreichen Mitarbeitenden gesprochen. Sie beschreiben einen Manager, der ein „Klima der Angst“ verbreite – mit Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit und allgemeiner Respektlosigkeit. Sinner sei cholerisch und rechthaberisch, manche Beschäftigte nennen ihn einen „Mini-Trump“. Interne Nachrichten und E-Mails bestätigen dieses Bild. Das Handelsblatt hatte Idealo am Montagabend nach diesen Aussagen gefragt, ebenso zu Vorwürfen von Sexismus und Aufruf zur Rechtsbeugung. ► 22

VW-Holding

Porsche SE erwägt Rüstungsinvestment

Der Großaktionär von VW und Porsche plant erstmals eine weitere Kernbeteiligung neben den beiden Autokonzernen. Dabei lotet die Porsche SE auch Investitionsmöglichkeiten im Verteidigungsbereich aus, wie das Management des Dax-Konzerns am Mittwoch anlässlich seiner Jahreszahlen mitteilte. Ein konkretes Zielunternehmen sei noch nicht identifiziert. Man verfüge aber über zwei Milliarden Euro Bruttoliquidität. Die Porsche SE musste zuletzt einen bilanztechnischen Verlust in Höhe von 20 Milliarden Euro auf ihre Beteiligungen bei VW und Porsche ausweisen. ► 25

Vonovia

Harter Schnitt bei Projektentwickler

Gut zwei Jahre nach Beginn der Immobilienkrise bewertet der Dax-Konzern eine wichtige Beteiligung an dem Leipziger Projektentwickler Quarterback drastisch neu. Der Vorgang ist ein beachtlicher Schritt und geht mit Abschreibungen von mehreren Hundert Millionen Euro einher. Die Beteiligung von 40 Prozent stammt noch aus der Übernahme der Deutschen Wohnen. Vonovia fokussiert sein Projektentwicklungsgeschäft nun auf die Buwog, die im Gegensatz zu Quarterback Vonovia komplett gehört und deutlich größer ist. ► 28

Demonstrationen in Israel

Nach den mehrtägigen Angriffen Israels auf den Gazastreifen protestierten am Mittwoch erneut zahlreiche Menschen gegen die Regierung von Premier Benjamin Netanjahu. Sie fordern ein schnelles Ende des Kriegs, um eine baldige Freilassung der Geiseln zu erreichen, die in Gaza von der islamistischen Hamas weiter gefangen gehalten werden. Unterstützung erhalten die Demonstranten von Ex-Ministerpräsident Ehud Barak, der zum Generalstreik aufruft. ► 12



Verfassungsgericht bestätigt Soli

Finanzminister Kukies ist erleichtert, die Wirtschaftsverbände sind enttäuscht.

Der Solidaritätszuschlag darf weiter erhoben werden. Das entschied das Bundesverfassungsgericht und wies damit eine Klage von FDP-Politikern zurück. Spitzenverdiener, Kapitalanleger und Unternehmen müssen die Abgabe zunächst weiterzahlen.

Finanzminister Jörg Kukies sagte, das Urteil schaffe Klarheit für den Haushalt. Rund 13 Milliarden Euro bringt der Soli dem Bund 2025 ein. BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner nannte das Urteil „einen herben Rückschlag für die Unternehmen“. ► 6

Neue China-Strategie bei Siemens

Die kriselnde Automatisierungssparte reagiert auf die wachsende chinesische Konkurrenz.

Nach Umsatzrückgängen im Kerngeschäft mit Automatisierungstechnik hat Siemens eine neue Strategie für den chinesischen Markt erarbeitet. Man habe bislang „überwiegend auf globale Produkte gesetzt“, sagte Siemens-Vorstand Cedrik Neike dem Handelsblatt.

Doch gebe es zunehmend lokale Konkurrenz und Preisdruck. Neike präsentierte 18 neue Produkte – teils im günstigeren Einstiegsbereich –, die nahezu komplett in China für China entwickelt wurden. Damit will der Konzern Marktanteile gewinnen. ► 19

Belgien, Luxemburg, Niederlande u. Österreich 3,80 €
/ 4,50 € Frankreich 4,20 € / 4,50 € Großbritannien
4,00 GBP / 5,00 GBP Schweiz 5,50 CHF / 6,50 CHF
Polen 23,00 PLN / 27,00 PLN

Monatsabonnement:
Handelsblatt Print: 69,90 Euro
Handelsblatt Print + Premium: 79,80 Euro
www.handelsblatt.com/angebot

Handelsblatt GmbH Kundenservice
Tel. 0211 887 3602
kundenservice@handelsblatt.com



PREIS
3,50 €

G 02531

Handelsblatt

Frau Heubel, wie hat sich die US-Einreisepolitik unter Präsident Donald Trump verändert?

In den ersten Wochen war die Situation noch relativ ruhig, aber seit Februar wurden die Kontrollen merklich verschärft. Verstärkte Überprüfungen betreffen nicht mehr nur Einzelfälle, sondern werden zu einer systematischen Praxis. Vereinzelt kommt es zu Festnahmen und Ausweisungen. Wer in die USA einreist, muss die neuen Spielregeln kennen.

Geht das auf eine Direktive des Präsidenten zurück?

Wir wissen nicht, ob es eine direkte Anweisung gab, aber die verschärften Kontrollen können kein Zufall sein. Ich gehe davon aus, dass die Beamten die Anweisung bekommen haben, die Einwanderungsgesetze streng ausulegen. An den Grenzen werden nun viel mehr Fragen gestellt und elektronische Geräte häufiger durchsucht. Das war schon immer möglich, aber jetzt werden die Gesetze rigoros angewendet.



Aufpassen müssen etwa Einreisende, die sich palästinafeindlich und israelkritisch geäußert haben. Auch den Greenpeace-Mitgliedsausweis würde ich lieber zu Hause lassen.

Wen trifft es?

Laut Berichten gibt es vor allem drei Gruppen, die verstärkt unter Druck geraten. Da wären zunächst Einreisende aus muslimischen Ländern und mit dunkler Haut- und Haarfarbe, bei denen Terrorismusverdacht bestehen könnte. Die zweite Hauptgruppe sind Wissenschaftler, die sich mit Bereichen beschäftigen, die der Trump-Administration suspekt sind, etwa solche, die zu Umweltschutz und erneuerbaren Energien forschen. Und dann wären da Einreisende, die aus Sicht der neuen Regierung problematischen Aktivismus betreiben.

Das heißt?

Aufpassen müssen etwa Einreisende, die sich palästinafeindlich und israelkritisch geäußert haben. Solche, die Kontakt zu kommunistischen Gruppen hatten oder sich wiederholt Trump-kritisch geäußert haben. Auch den Greenpeace-Mitgliedsausweis würde ich lieber zu Hause lassen.

Warum das?

Jeder, bei dem die Trump-Regierung befürchtet, dass er Probleme bereiten könnte, kann im Fokus sein. Dazu gehören leider auch Journalisten, wobei das von der politischen Ausrichtung der Publikation abhängt. Ein Journalist eines eher konservativen Mediums wird wahrscheinlich weniger Probleme bekommen. Bei politisch aktiven Personen ist es ähnlich, hier kommt es darauf an, in welchem Teil des politischen Spektrums man aktiv ist.

Sind auch Geschäftsreisende betroffen?

Geschäftsleute sind vermutlich weniger betroffen, da Trump nach wie vor Geld und Investitionen nach Amerika bringen möchte. Sie müssen wie alle



Grenzkontrolle: „Anwälte sehen Ansätze einer Gedankenpolizei.“

Susanne Heubel

„Wer in die USA einreist, muss die neuen Spielregeln kennen“

Die US-Regierung hat die Einreisebestimmungen deutlich verschärft. Selbst Personen mit Greencard bekommen Probleme. Eine Fachanwältin erklärt, worauf Geschäftsreisende achten müssen.

Gruppen nur aufpassen, die richtigen Einreisedokumente zu haben und sich legal im Land aufzuhalten.

Reicht die übliche Esta-Genehmigung für Business-Meetings?

Normalerweise ja, aber es wird von Fall zu Fall entschieden. Wenn ich als Geschäftsfrau jeden Monat für drei Wochen nach Amerika reise, kann ich den zuständigen Beamten irgendwann nicht mehr überzeugen, dass ich nur zu Meetings komme. Die Grenzbeamten werden die Schwelle jetzt wahrscheinlich höher legen – man zieht mehr Misstrauen auf sich, wenn man häufig und länger einreist. Geschäftsleute sollten überlegen, ob es nicht besser ist, ein Arbeitsvisum zu beantragen, statt 20-Mal im Jahr mit Esta einzureisen.

Neuerdings werden vereinzelt Reisende mit Greencard, einer dauerhaften Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, abgewiesen.

Greencard-Inhaber befinden sich in einer unsicheren Situation. Obwohl ihre Rechte eigentlich klar definiert sind, werden manche plötzlich stär-

ker befragt. Viele haben mittlerweile die Sorge, ihren Status zu verlieren, und streben die US-Staatsbürgerschaft an.

Was müssen Reisende im schlimmsten Fall erwarten?

An den Grenzen gibt es generell kein Recht auf Schutz vor Durchsuchungen durch die Regierung – der vierte Zusatzartikel der Verfassung gilt hier nicht. Die Beamten können im Grunde alles fragen und alles untersuchen, was sie interessiert. Das betrifft auch elektronische Geräte wie Laptops und Smartphones.

Welche Rechte habe ich bei der Durchsuchung elektronischer Geräte?

Man kann deutlich sagen: „Nein, ich stimme dem nicht zu.“ Aber wenn man sich weigert, das Gerät zu übergeben oder das Passwort einzugeben, kann es passieren, dass man nicht ins Land gelassen wird – man wird ausgewiesen und ins Flugzeug zurück ins Heimatland gesetzt. Die langfristigen Folgen können schwerwiegend sein.

Was passiert bei einer Abweisung? Wird man inhaftiert?

Normalerweise wird man zunächst in ein Büro für eine zweite Befragung gebracht. Wenn die Beamten den Eindruck haben, dass man kriminell ist oder gelogen hat, kann es zur Festnahme kommen. Erst ab diesem Moment hat man Anspruch auf einen Anwalt und das Recht, sein Konsulat zu kontaktieren. Davor, wenn man noch am Schalter steht, hat man kein Recht, jemanden anzurufen oder sich Hilfe zu holen. Hier sollte man ruhig bleiben und konzentriert, ehrlich und höflich die Fragen beantworten.

Was bedeutet eine Ablehnung für künftige Einreiseversuche?

Wer einmal abgelehnt wurde, muss das bei künftigen Visaanträgen angeben. Die Information bleibt wahrscheinlich für immer im System. Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass es wieder passiert.

Wie können sich Reisende vorbereiten?

Bei der Durchsuchung elektronischer

brisante Dokumente sein, Verbindungen zu militanten Organisationen, Fotos von Forschungseinrichtungen oder verdächtige Kontakte. Wer Pornografie oder Hinweise auf Drogenkonsum auf dem Smartphone hat, kann Probleme bekommen. Das geht schon bei der App eines Marihuana-Versands los. Außerdem suchen die Beamten nach Fakten, die dem angegebenen Einreisegrund vielleicht widersprechen. Probleme bekommen kann etwa ein Künstler, der per Touristenvisum einreist, aber eine Liste amerikanischer Kunden dabei hat. Außerdem Kameraleute mit Foto-Equipment, aber ohne Arbeitsvisum. Selbst harmlos erscheinende Inhalte wie Bilder von Demonstrationen oder kritische Social-Media-Posts können problematisch sein.

Auch nach dem 11. September 2001 gab es verschärfte Einreisevorschriften. Haben die aktuellen Kontrollen eine neue Qualität?

Ja. Mandanten und Anwälte sehen Ansätze einer Gedankenpolizei, die nach politisch missliebigen Personen sucht. Dass diese in den Fokus geraten, ist erst in den vergangenen Wochen aufgetaucht. Auf der einen Seite betont die amerikanische Regierung die Meinungsfreiheit. Auf der anderen Seite geht sie bei Themen, die den Interessen der Trump-Regierung zuwiderlaufen, immer restriktiver vor. Die Folge ist, dass manche gar nicht mehr in die USA kommen wollen oder nervös sind. Das ist neu.

Wie lange wird diese strikte Politik anhalten?

Manche Experten gehen davon aus, dass Trump versuchen wird, seine wichtigsten politischen Maßnahmen in den ersten zwei Jahren umzusetzen, bevor sich Widerstand regt. Manche glauben, dass die Einreisepolitik in den ersten sechs Monate am härtesten sein wird und sich die Lage danach lockert. Aber genau weiß das niemand.

Raten Sie von nicht notwendigen Reisen in die USA ab?

Nein. Denn trotz aller Probleme ist wichtig zu wissen, dass es sich immer noch um Einzelfälle handelt. Täglich kommen nach wie vor Zehntausende von Reisenden völlig problemlos in die USA. Wenn man vorbereitet ist, höflich auftritt und seine Dokumente in Ordnung hat, sollte man nach wie vor ohne Weiteres einreisen können. Niemand sollte Angst vor einer Einreise nach Amerika haben – man muss nur besser vorbereitet sein als früher.

Und was sagen Sie Mandanten mit Bauchschmerzen?

Es gibt die Möglichkeit, das sogenannte Pre-Clearance-Verfahren zu nutzen. In Dublin zum Beispiel hat die US-Einwanderungsbehörde ein Büro am Flughafen. Fliegt man von dort in die USA, dann werden die Einreisepapiere schon in Dublin geprüft. Das nutzen immer mehr Reisende, die unsicher sind. In diesem Fall hat man nahezu die Sicherheit, einreisen zu können, wenn man das Flugzeug besteigt. Und falls es Probleme gibt, kann man vom EU-Land Irland zurück nach Deutschland fliegen, statt in den USA festzusitzen.

Frau Heubel, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellte Felix Holtermann.



Susanne Heubel: Die Anwältin für Einwanderungsrecht arbeitet bei einer New Yorker Großkanzlei.

Geräte dürfen die Grenzbeamten nur anschauen, was auf dem Gerät gespeichert ist. WLAN und Internetverbindungen werden abgestellt. Bevor man ins Flugzeug steigt, sollte man also überlegen: Welche Geräte brauche ich überhaupt? Und was ist auf meinem Gerät, das zu einem Risiko führen könnte – Bilder, Kontaktinformationen? Diese sollte man vollständig löschen. Die Beamten sind technologisch talentiert und wissen, wo sie suchen müssen. So, wie man seinen Koffer packt, sollte man seine elektronischen Geräte überprüfen.

Aber wonach suchen die Beamten genau?

Sie suchen Hinweise auf problematische Tätigkeiten. Das können politisch

VW-Holding

Porsche SE erwägt Einstieg in die Rüstung

Die Holding präsentiert ein schlechtes Jahresergebnis und senkt ihre Dividende. Jetzt sucht sie eine dritte Kernbeteiligung neben VW und Porsche.

Lazar Backovic Düsseldorf

Der VW- und Porsche-Großaktionär Porsche SE lotet offenbar Investitionsmöglichkeiten im Rüstungssektor aus. Das hat das Management der Beteiligungsgesellschaft während eines Calls anlässlich der Jahreszahlen am Mittwoch angedeutet.

Nach Aussage von Vorstandschef Hans Dieter Pötsch, der auch den Aufsichtsrat des VW-Konzerns führt, prüft die Porsche SE derzeit die Möglichkeit einer dritten Kernbeteiligung neben Volkswagen und Porsche. Ein Fokus könnte dabei auf dem Verteidigungssektor liegen.

Ein konkretes Zielunternehmen sei bislang nicht identifiziert worden. Die Porsche SE verfügt über eine Bruttoliquidität von etwa zwei Milliarden Euro, sagte Pötsch, was die Handlungsfähigkeit des Unternehmens zeige.

Lutz Meschke, der die Beteiligungen der SE überblickt, betonte: Die Führung wolle das Beteiligungsmanagement der Gesellschaft „weiterentwickeln, diversifizieren und strategisch positionieren“. Er persönlich schätze, dass „effektive Verteidigungsmöglichkeiten ein wichtiges Instrument“ seien „zur Verteidigung unserer Werte“. Er sehe daher keine „moralischen Einwände“ gegen ein finanzielles oder strategisches Engagement in dem Bereich.

2024 hatte die Porsche SE einen zweistelligen Millionenbetrag in Quantum Systems investiert. Das Unternehmen aus Gilching bei München gilt als führender Hersteller von kompakten Drohnen für sensorgestützte Datenerfassung. Außerdem hat Quantum Systems kürzlich einen möglichen Zukauf eines europäischen Drohnenherstellers angekündigt und will eine eigene 150 Kilo schwere Aufklärungsdrohne entwickeln.

SE-Beteiligungsvorstand Meschke sagte: Das Beispiel Quantum-Systems zeige, dass die Porsche SE keine Berührungssängste gegenüber Investitionen in den Rüstungsbereich habe. Neben Rüstung betrachtet Porsche SE auch Investitionen in den Bereichen Infrastruktur, Technologie und Mobilität. Dabei könnte das Unternehmen auch von den von der Bundesregierung geplanten Investitionspaketen profitieren. Die PSE wolle eine „globale Investitionsplattform“ werden mit einem Fokus auf Industrietechnik und Mobilität, sagte Meschke.

Aufgrund geringerer Dividendenausüttungen von Volkswagen senkt die Porsche SE die eigene Dividende je Vorzugsaktie auf 1,91 Euro nach zuvor 2,56 Euro.

Um die Profitabilität der Kernbeteiligungen zu steigern, setzt die Porsche SE auf strikte Kostensparmaßnahmen bei Volkswagen und Porsche. „Jetzt geht es in allen Bereichen um die konsequente Umsetzung“, sagte Pötsch, der in den kommenden Jahren Raum für Wertsteigerungen bei den Autoherstellern sieht.

VW und Porsche haben angesichts des Rückgangs im Chinasgeschäft und einer schwächenden globalen Automobilkonjunktur umfangreiche Sparprogramme aufgelegt, die den Abbau Tausender Arbeitsplätze beinhalten. Allein in der deutschen VW AG sollen bis Ende des Jahrzehnts 35.000 Jobs abgebaut werden.

Für das laufende Jahr erwartet die Porsche SE ein Konzernergebnis zwischen 2,4 und 4,4 Milliarden Euro, während die Nettoverschuldung in einem Korridor von 4,9 bis 5,4 Milliarden Euro liegen soll. Mit Agenturmateri



Porsche Taycan GTs: Die Holding Porsche SE will sich eine dritte Kernbeteiligung suchen.